

«Ausgrenzung hemmt die Integration»

Der Stadtzürcher Integrationsbeauftragte betont die positiven Seiten der multikulturellen Gesellschaft



Fast jede zweite Person, die in der Stadt Zürich lebt, hat einen Migrationshintergrund.

CHRISTOPH RUCKSTUHL / NZZ

Für den Integrationsbeauftragten der Stadt Zürich, Christof Meier, sind Probleme wie die Jugendgewalt keine direkte Folge der Einwanderung. Seines Erachtens schaden solche Verknüpfungen dem Klima der Akzeptanz, ohne das Integration nicht funktioniert.

Es gebe in Zürich zu viele ungenügend integrierte Ausländer, heisst es im städtischen Integrationsbericht. Trotzdem wird die Zürcher Integrationspolitik als Erfolgsgeschichte gepriesen. Warum diese Schönfärberei?

Das ist nicht Schönfärberei, sondern Realität. Wir kennen und benennen die

Probleme, wissen aber auch, dass das Zusammenleben insgesamt gut funktioniert – dies bei einem überdurchschnittlich hohen Ausländeranteil von über 30 Prozent und einer Bevölkerung, bei der fast jede zweite Person einen Migrationshintergrund hat. Wir haben keine gravierenden sozialen Probleme; auch in der Wahrnehmung der Bevölkerung hat Zürich eine sehr hohe Lebensqualität. Insofern kann man durchaus von einer Erfolgsgeschichte sprechen.

Die positive Wahrnehmung hat wohl eher mit dem Arbeitsplatzangebot, dem kulturellen Leben, dem hohen Lebensstandard insgesamt zu tun und ist weniger das Resultat der städtischen Politik. Zweifellos kann die städtische Politik

viele Faktoren nur beschränkt beeinflussen. Doch hat Zürichs positive Ausstrahlung mit der Vielfalt der Bevölkerung und auch mit dem Bekenntnis der Stadt zu ihrer kulturell durchmischten Einwohnerschaft zu tun. Akzeptanz und Wertschätzung erachten wir – neben Chancengleichheit und Unterstützung zur Eigenverantwortung – als die wichtigsten Voraussetzungen für Integration. Dieses Verständnis trägt eine grosse Mehrheit der Bevölkerung mit: Der Ja-Anteil zur Anti-Minarett-Initiative lag in der Stadt Zürich weit unter dem schweizerischen Durchschnitt.

Wie auch immer das Abstimmungsresultat zu deuten ist: Die Akzeptanz ist strapaziert; die Aggressivität mancher Bal-

kan-Einwanderer ist ein Dauerbrenner. Ich möchte festhalten: Ungenügend integriert sind ganz unterschiedliche Bevölkerungsgruppen – einheimische und zugewanderte. Doch es ist richtig, dass der Anteil von schlecht Integrierten aus gewissen Herkunftsgebieten grösser ist als bei anderen und dass Leute aus dem Balkan in diesem Zusammenhang häufiger ein Thema sind.

Warum sind sie mehr im Rampenlicht?

Sie verüben relativ gesehen häufiger Delikte und sind häufiger nur ungenügend ausgebildet. Die Ursache für diese Probleme sind aber nicht die balkanischen Wurzeln.

Sondern die dort dominierende traditionelle Kultur, die sie importieren?

Es gibt Traditionen, welche die Integration hemmen. Dazu gehören Aspekte einer Art Mittelmeerkultur, einer Macho-Kultur, die man in Ansätzen lange auch den Italienern vorgeworfen hat.



«Ein Integrationstest sollte nicht zur Bildungsfrage werden.»

Christof Meier
Integrationsbeauftragter

Ähnliche Ausprägungen findet man aber genauso in Asien, Südamerika oder in Afrika.

Auch Phänomene wie Zwangsheirat oder Genitalverstümmelung sind durch die Einwanderung ein Thema geworden. Solche Erscheinungen sind nicht häufig, aber sie sind ein reales Problem. Unsere Aufgabe ist aber auch, darauf hinzuweisen, dass die meisten der hier lebenden Migranten damit kaum zu tun haben. Sie leiden am meisten unter der Aufmerksamkeit, die solche Fälle erlangen. Denn Ausgrenzung hemmt die Integration mindestens so stark wie bestimmte kulturelle Traditionen. Integration setzt Motivation voraus.

Sie konzentrieren sich auf jene, die keine Schwierigkeiten machen . . .

Nein, überhaupt nicht. Wir versuchen, die Probleme – und wir haben Probleme – sachlich anzugehen. So verstehen wir zum Beispiel die Jugendgewalt als ein Problem der Jugend und nicht als ein Migrationsproblem, obwohl gemäss Statistik mehr Jugendliche mit Migra-

tionshintergrund gewalttätig sind. Denn wenn aggressives Verhalten ausschliesslich ethnisch begründet wird, werden nicht Spannungen abgebaut, sondern Ausgrenzungserfahrungen verstärkt. – Zu unserem Pragmatismus gehört übrigens auch ein ständiges Lernen aus Fehlern der Vergangenheit.

Zum Beispiel?

Wir haben einige Integrationsprobleme mit Menschen, die aus Sri Lanka, Somalia oder Ex-Jugoslawien geflüchtet sind. Dies hat meines Erachtens unter anderem damit zu tun, dass deren Integration lange Zeit unerwünscht war und verhindert wurde. Die Städte haben auf die negativen Langzeitfolgen hingewiesen, fanden aber kaum Gehör.

Wann ist jemand integriert?

Ich habe generell etwas Mühe mit der Messbarkeit, ist doch Integration ein Prozess, der nie aufhört. Grundsätzlich gilt aber die Faustregel, dass jemand dann integriert ist, wenn er unsere Gesetze respektiert, eigenverantwortlich leben kann und in ein möglichst breites soziales Umfeld eingebunden ist.

Eine Voraussetzung sind Sprachkenntnisse. Deren flächendeckende Überprüfung fordern nun Politiker aller Couleur. Ist das sinnvoll?

Die entscheidende Bedeutung von Sprachkenntnissen ist unbestritten. Das Problem ist, dass der Bund die geltenden Standards für die deutsche Sprache noch nicht an die spezifischen Anforderungen an Migranten angepasst hat. Auch gibt es noch keine vernünftigen Instrumente zur Überprüfung. Generell sind schriftliche Tests für bildungsferne Leute oft zu schwierig, und wichtig sind ja vor allem die mündlichen Kenntnisse.

Mit dieser Forderung will man allenfalls bildungsferne Einwanderer fernhalten.

Auch bildungsferne Migranten leben in unserem Land – sie sind Teil unserer Gesellschaft mit gleichen Rechten wie Akademiker. Im Übrigen ist die schweizerische Ausländerpolitik bereits so ausgerichtet, dass kaum mehr bildungsferne einwandern, es sei denn, sie kommen im Rahmen des Familiennachzugs oder aus dem EU-Raum. Dort sieht es anders aus, und interessanterweise sind es in der Stadt Zürich ja die Portugiesen, die am wenigsten gut Deutsch können. Wie auch immer: Ein Integrationstest sollte nicht zur Bildungsfrage werden.

Das Unbehagen gegenüber der Einwanderung nährt momentan auch die rasant steigende Zahl von Hochqualifizierten aus Deutschland. Wie versucht die Stadt Gegensteuer zu geben?

Wie alle anderen begrüssen wir die Deutschen am Anfang ganz offiziell. Zwar brauchen sie danach nicht mehr viel von uns, aber Wertschätzung und Akzeptanz wollen wir auch ihnen gegenüber ausstrahlen. Unsere Zivilgesellschaft könnte sie brauchen.

Manche Hochqualifizierte schotten sich allerdings ab.

Das ist leider so. Sollte es in der Stadt eine grössere Parallelgesellschaft geben, dann wahrscheinlich am ehesten bei den englischsprachigen Hochqualifizierten. Diese Tatsache ist zwar integrationspolitisch unerfreulich, jedoch nicht handlungsrelevant, weil damit kaum soziale Probleme verbunden sind.

Das Basler Modell des «Förderns und Forderns» macht seit längerem Furore. Wie weit ist es in Zürich ein Thema?

Die Integrationsarbeiten in den Städten Basel und Zürich sind relativ ähnlich, abgesehen natürlich von den in Basel gegebenen kantonalen Zuständigkeiten. Die politische Debatte koppelt denn auch meines Erachtens das Fördern zu stark an den ausländerrechtlichen Status. Das ist nicht konstruktiv.

Sind Integrationsvereinbarungen, wie sie der Kanton Zürich momentan erprobt, nicht sinnvoll?

Ausländerrechtliche Integrationsvereinbarungen können bei den Personen sinnvoll sein, deren Aufenthaltsstatus aufgrund von Delikten oder Sozialhilfeabhängigkeit gefährdet ist. Das ist auch das, was Basel macht.

Wie beurteilen Sie die politische Forderung, mit allen neu Einreisenden solche Vereinbarungen zu machen?

Persönlich sehe ich bei einer allfälligen Umsetzung dieses Prinzips – Basel sieht meines Wissens übrigens davon ab – mehr Zusatzprobleme als Nutzen. So ist eine Ausweisungsdrohung gleich zu Beginn nicht gerade eine herzliche Willkommensgeste. Aber insbesondere ergeben sich Probleme bei der Gleichbehandlung: Bei EU-Bürgern kann man keine entsprechenden Auflagen festlegen, und bei Personen, die im Rahmen des Familiennachzugs eingereist sind, wäre die Forderung, sich vom Ehepartner wegen mangelnder Deutschkennt-



Medienbeobachtung AG

Neue Zürcher Zeitung

19.12.2009

Auflage/ Seite

Ausgaben

143009 / 19

300 / J.

Seite 3 / 3

8035

7609565

nisse zu trennen, kaum verhältnismä- Stellen bewilligen würde. Zweifellos *Es sollte Ihres Erachtens freiwillig sein,*
sig. Hinzu kommt das Ressourcenpro- wäre es aber gut, wenn alle Neuzuzie- *ein solches Angebot zu nutzen?*
blem: Pro Jahr wandern Tausende in henden begrüsst und gezielt informiert Ja, dies auch aus didaktischen Gründen:
den Kanton Zürich ein, und ich weiss und beraten würden, auch über Ange- Unter Zwang lernt man weniger gut.
nicht, ob der Kantonsrat die nötigen bote zum Spracherwerb. *Interview: Dorothee Vögeli*